

Die Sicherheits- und Militärpolitik Deutschlands und die NATO

Autor(en): **Goertz, Stefan**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **187 (2021)**

Heft 10

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-976290>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Sicherheits- und Militärpolitik Deutschlands und die NATO



Aktuell von grösster Bedeutung für die Sicherheits- und Militärpolitik Deutschlands als NATO-Mitglied sind die deutsche Sicherheits- und Militärpolitik in Afghanistan und die Position der NATO, das Zwei-Prozent-Ziel der NATO sowie der deutsche Verteidigungshaushalt. Hinzu kommen der Ukraine-Konflikt und die Sicherheits- und Militärpolitik Deutschlands sowie der NATO gegenüber Russland. Ein weiteres aktuelles und perspektivisches Themenfeld ist Cyber-Attacken und ein möglicher NATO-Bündnisfall.

Abbildung: Deutsche Soldaten in Dingos in Afghanistan. © Wikimedia Commons



Stefan Goertz

Noch Ende Februar 2021 hatte die deutsche Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer festgestellt, der Stand der Friedensgespräche sei «ernüchternd», die Gefährdung durch die Taliban habe massiv zugenommen. Die deutsche Verteidigungsministerin hatte sich festgelegt, dass die NATO-Truppen auch nach April 2021 in Afghanistan bleiben und nicht bis zum 11. September 2021 abziehen sollten: «Wir haben mit dem Einsatz dieser Kräfte über die letzten Jahrzehnte erreicht, dass ein Friedensprozess in Gang gekommen ist. Die Verhandlungen laufen, aber sie sind noch nicht so abgeschlossen, dass die Truppen jetzt Afghanistan verlassen können».¹

Die deutsche Sicherheits- und Militärpolitik in Afghanistan und die Position der NATO

Seit 2001 starben über 3500 Soldatinnen und Soldaten der NATO in Afghanistan. Im Februar 2020 hatte die US-Regierung unter dem damaligen Präsidenten Donald Trump mit den Taliban einen Abzug aller US- und NATO-Truppen bis zum 1. Mai 2021 vereinbart. Im Gegenzug sollten die Taliban eine Phase der «Gewaltreduzierung» einhalten und in Friedensgespräche mit der afghanischen Regierung eintreten. Der neue US-Präsident Joe Biden verschob den Abzug nach seinem Amtsantritt Anfang 2021 aus logistischen Gründen um mehrere Monate, hielt an der Entscheidung, aus Afghanistan abzuziehen, jedoch fest. Ohne eine Beteiligung der USA hatten auch die restlichen NATO-Staaten, darunter auch Deutschland, darauf verzichtet, den Militäreinsatz in Afghanistan bis zu einem möglichen Abschluss eines Friedensabkommens zwischen der afghanischen Regierung und den Taliban fortzuführen.

Angesichts der schnellen und immensen Gebietsgewinne der Taliban seit dem Beginn des Abzugs der internationalen Truppen verwies der deutsche Außenminister Heiko Maas Anfang August auf die Entscheidung der USA, sich aus Afghanistan zurückzuziehen: «Das hat bedeutet, dass alle anderen NATO-Streitkräfte auch das Land verlassen müssen, weil ohne die amerikanischen Fähigkeiten (...) kann keiner alleine dort seine Soldatinnen und Soldaten sicher hinschicken.» Die deutsche Regierung habe mit einem längeren Einsatz gerechnet, könne sich aber «nicht ausserhalb der NATO



bewegen». In der Sprache der Diplomaten muss dies als deutliche Kritik an der Position der USA zur Militärpolitik der NATO in Afghanistan gewertet werden.²

Der Triumph der Taliban ist nach Angaben der NZZ eine Demütigung für die NATO. Nach Auffassung von NATO-Generalsekretär Stoltenberg trägt in erster Linie die gestürzte afghanische Regierung die Schuld an der Niederlage. Allerdings hatte der NATO-Generalsekretär im November 2020 den scheidenden US-Präsidenten Trump vor einem überhasteten Truppenabzug aus Afghanistan gewarnt, der Preis könne «sehr hoch sein». Nachrichtendienstliche Hinweise, dass Afghanistan schnell den Taliban in die Hände fallen und sich damit

wieder in einen sicheren Hafen für internationale islamistische Terroristen verwandeln könnte, schlugen sowohl Trump als auch dessen Nachfolger Joe Biden in den Wind.³

Der NATO-Generalsekretär Stoltenberg kommentierte das Ende der NATO-Mission in Afghanistan und die Machtübernahme durch die Taliban mit den Worten: «Die NATO-Alliierten standen vor einem sehr schwierigen Dilemma: Entweder zu beschliessen, unsere Militärpräsenz in Afghanistan zu beenden – und damit auch die Rückkehr der Taliban zu riskieren – oder weiterhin dort zu bleiben in Afghanistan, aber dann das Risiko einzugehen, mehr Gefechte zu haben, mehr Truppen entsenden zu müssen, mehr Todesfälle zu beklagen

◀ 640 Menschen
in nur einem Flugzeug
evakuiert.

Bild: Wikipedia Commons

▶ NATO Gipfeltreffen
Juni 2021 Brüssel.

Bild: NATO



und auch mehr ziviles Leiden. (...) Jetzt haben wir gesehen, dass die afghanischen Sicherheitskräfte, die afghanische Regierung sehr viel schwächer war, als wir erwartet hätten, sodass es zu einem raschen Zusammenbruch der afghanischen Sicherheitskräfte gekommen ist, was jetzt die Tragödie verursacht hat.»⁴

In Bezug auf die weltweit stark kritisierte Kampfbereitschaft der afghanischen Streitkräfte, die von der NATO 20 Jahre lang ausgerüstet und ausgebildet worden waren, sagte Stoltenberg: «Ich glaube, wir müssen anerkennen, dass die afghanische Führung militärisch und politisch schwach war. Zugleich müssen wir aber sagen, wir haben hier die Rolle der NATO genau zu überprüfen in diesen letzten Jahren. Hieraus müssen wir Lehren ziehen. Wir müssen genau prüfen, was wir in diesen 20 Jahren genau erreicht haben. Ja, wir haben gewaltig investiert in die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte. Trotz dieser starken Investitionen über viele Jahre haben wir dieses rasche Zusammenbrechen der Sicherheitskräfte dort gesehen. Es geht also sowohl um die Schwäche der afghanischen Sicherheitskräfte als auch um die Lehren, die wir zu ziehen haben.»

Der Bundesnachrichtendienst (BND), der deutsche Auslandsnachrichtendienst, der die Bundesregierung, das Bundesministerium der Verteidigung und das Aussehenministerium zur sicherheitspolitischen Lage in Afghanistan berät und informiert, gab nach dem Sturz der afghanischen Regierung am 19. August 2021 «eine Fehleinschätzung der

Lage in Kabul zu». Der BND war noch weniger als 48 Stunden vor dem Sturz der afghanischen Regierung durch die Taliban «davon ausgegangen, dass es wohl Wochen dauern werde, bis die Taliban in die Hauptstadt Kabul einrücken».⁵ Diese folgenschwere Fehleinschätzung wurde von der deutschen Bundeskanzlerin, dem Außenminister und dem BND selbst eingeräumt und wird in den nächsten Monaten Teil der Analyse der deutschen Sicherheits- und Militärpolitik als NATO-Partner in Afghanistan sein.

Deutschland und das Zwei-Prozent-Ziel der NATO

Damit Deutschland seine finanziellen Zusagen zum Zwei-Prozent-Ziel der jährlichen Verteidigungsausgaben eines jeden Mitgliedstaats der NATO einhalten kann, müsste es die Rüstungsausgaben in den kommenden Jahren drastisch steigern. Dies geht aus einer Analyse des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln (IW) hervor. Grundlage ist das sogenannte Zwei-Prozent-Ziel der NATO, das auf eine Vereinbarung aus dem Jahr 2014 zurückgeht. Deutschland sagte damals so wie die anderen NATO-Mitgliedsstaaten zu, sich bis 2024 dem Ziel anzunähern, wenigstens 2% des Bruttoinlandsproduktes für Verteidigung auszugeben.⁶ Davon sieht der Autor der Studie, Hubertus Bardt, Deutschland aber weit entfernt. «Über die Jahre konnte die NATO-Zielgrösse nur zu zwei Dritteln erreicht werden», sagt die Studie. In der Haushaltsplanung Deutsch-

lands sei bis 2024 zudem «keine substanzielle Verbesserung» der Verteidigungsausgaben Deutschlands vorgesehen. Um zu veranschaulichen, wie weit die deutsche Bundesregierung hinter den Erwartungen der NATO zurückbleibt, hat das Wirtschaftsinstitut IW ausgerechnet, wie viel Geld zusätzlich von 2021 bis 2024 ausgegeben werden müsste, um das NATO-Ziel in diesem Zeitraum durchgehend zu erreichen: 86 Milliarden Euro. Das entspricht knapp doppelt so viel Geld wie der aktuelle Verteidigungsetat Deutschlands umfasst.⁷

Die Höhe der Verteidigungsausgaben ist ein Dauerstreitthema innerhalb der NATO. Weil Deutschland dieses NATO-Ziel seit Jahren regelmässig verfehlt, hatte der Vorgänger des aktuellen US-Präsidenten Joe Biden, Donald Trump, die Bundesregierung immer wieder scharf kritisiert und Pläne wie jene zum Abzug von US-Soldaten aus Deutschland mit Deutschlands Nichterfüllen des Zwei-Prozent-Ziels begründet. Auch die aktuelle US-Regierung hält an der Zwei-Prozent-Vorgabe fest, schlägt aber keinen derart aggressiven Ton gegenüber Deutschland mehr an. Das Institut der Wirtschaft führt zum Zwei-Prozent-Ziel Deutschlands aus: «Jahr für Jahr bewegte sich der Anteil der gemeldeten Ausgaben am BIP bei unter 1,4%, 2015 konnten nicht einmal 1,2% erreicht werden.» Der aktuelle Anstieg auf gut 1,5% im Jahr 2020, auf den auch Bundeskanzlerin Angela Merkel jüngst verwies, sei jedoch ein «krisenbedingter Effekt infolge des starken Rückgangs der Bezugsgrösse BIP», weil die Corona-Pandemie pha-

senweise grosse Teile der deutschen Wirtschaft lahmlegte. «Mit der einsetzenden Erholung der Wirtschaft wird dieser Einmaleffekt wieder zurückgehen», prognostizierte das IW.⁸

Deutschland erhöhte die Verteidigungsausgaben im Jahr 2020 um 8,4%, diese liegen mit 1,56% der Wirtschaftsleistung aber weiter deutlich unter dem Zwei-Prozent-Ziel der NATO. Dieses erreichten erstmals elf NATO-Staaten. Seit Jahren fordern die USA eine ausgewogenere Lastenteilung innerhalb der NATO. Mit rund 658 Milliarden Euro gaben die USA im Jahr 2020 rund 2,4 Mal so viel Geld für Verteidigung aus wie alle anderen 29 NATO-Partner zusammen und hatten mit 3,7% auch den mit Abstand höchsten Anteil der Verteidigungsausgaben an der nationalen Wirtschaftsleistung. Konkret verlangen die USA, dass alle Bündnisstaaten so schnell wie möglich jährlich mindestens 2% ihres Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung ausgeben. 2020 erreichten den aktuellen NATO-Zahlen zufolge erstmals zehn andere diese Zielvorgabe. Dies waren die Slowakei, Griechenland, Grossbritannien, Rumänien, Polen, Frankreich, Norwegen sowie die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen.⁹

In Deutschland ist das Zwei-Prozent-Ausgabenziel für Militär und Rüstung hoch umstritten. In der grossen Koalition von CDU/CSU und SPD erachten grosse Teile der SPD einen solchen Kostenanteil für Rüstung im Vergleich zu anderen Ausgaben Deutschlands für viel zu hoch. Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer kämpft für das NATO-Ziel und weitere Haushaltsmilliarden. Laut vertraulicher Dokumente fehlt nach Angaben der Süddeutschen Zeitung aktuell für 15 grössere Rüstungsvorhaben der Bundeswehr die Finanzierung. Dazu zählen Ersatz für die altersschwachen Tornado-Kampffjets und schweren Transporthubschrauber, zusätzliche Panzer und eine moderne Drohnen-Abwehr.¹⁰

Deutschland, der Ukraine-Konflikt und die NATO

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg rief die russische Regierung Anfang Juni erneut dazu auf, Gespräche mit der NATO zu führen. Bemühungen um die Wiederaufnahme von Gesprächen im NATO-Russland-Rat waren zuletzt mehrfach gescheitert: «Ich möchte Russland erneut einladen, möglichst bald an einem Treffen des NATO-Russland-Rats teilzunehmen» [...] «Wir ha-

ben viel zu besprechen, das im gemeinsamen Interesse von NATO und Russland liegt.» Die NATO habe die russische Regierung bereits vor über einem Jahr zu einem neuen Treffen eingeladen, darauf habe es aber keine positive Antwort gegeben. «Der Ball liegt jetzt aufseiten Russlands.»¹¹ Bemühungen um die Wiederaufnahme von Gesprächen im NATO-Russland-Rat waren zuletzt mehrfach wohl deswegen gescheitert, weil Russland in diesem Format nicht mehr über den Ukraine-Konflikt verhandeln will, was wiederum vor allem östliche NATO-Staaten nicht als Bedingung für neue Gespräche akzeptieren wollen.¹² NATO-Generalsekretär Stoltenberg sagte: «Die Beziehungen zwischen der NATO und Russland haben mittlerweile einen Tiefpunkt erreicht, wie wir ihn seit Ende des Kalten Krieges nicht mehr kennen» [...] «Dialog ist der beste Weg, um Spannungen anzusprechen.» Dafür sei der NATO-Russland-Rat das geeignete Format. «Beide Seiten sitzen an demselben Tisch.»¹³ Die NATO hatte in den vergangenen Jahren auf eine Mischung aus Abschreckung und Dialog gesetzt, um die russische Regierung in der Frage des Ukraine-Konflikts zu einem politischen Kurswechsel zu bewegen. Für die NATO und Deutschland zufriedenstellende Ergebnisse brachte dies aber bisher nicht.

Cyber-Attacken und der NATO-Bündnisfall

Im Juni sprachen die NATO und die USA von «böartigen Cyber-Aktivitäten» und «grossangelegten Desinformationskampagnen». Der aktuelle Fall war der Hackerangriff auf die grösste Benzin-Pipeline der USA im Mai, der vorübergehend zu Treibstoffknappheit führte. Dazu gehören auch Desinformationskampagnen in den sozialen Netzwerken, die vor Wahlen das öffentliche Meinungsbild beeinflussen und Angriffe auf Regierungsnetzwerke mit dem Ziel, diese abzuschöpfen. Den Ursprung vermuten die NATO und die USA immer häufiger in russischen Hackerfabriken, die im Auftrag der russischen Regierung arbeiten. Die NATO sucht nach angemessenen Antworten auf die diffuse Cyber-Bedrohungslage. Daher wurde Mitte Juni beim NATO-Gipfel über eine neue Strategie dazu beraten. Das Ziel sei, für starke technische Fähigkeiten und gemeinsame militärische Planungen zu sorgen, um einen solchen Angriff abzuwehren. Dazu gehöre auch, dass sich die NATO-Bündnispartner enger über

digitale Attacken austauschen. Bei einem Cyber-Angriff könnte die NATO sogar den Bündnisfall ausrufen (Artikel 5 des Nordatlantikvertrages).¹⁴ Dies hält auch der frühere Verteidigungsminister und Jurist Rupert Scholz für denkbar, was dann auch für Deutschland massive Folgen hätte.¹⁵

Fazit

Die Glaubwürdigkeit der deutschen Sicherheits- und Militärpolitik Deutschlands als NATO-Mitglied wurde in Bezug auf das Zwei-Prozent-Ziel der Verteidigungsausgaben international in Frage gestellt und wird weiterhin ein wichtiges Thema bleiben. Die Analyse der nach 20 Jahren erfolglos beendeten NATO-Mission in Afghanistan, aber auch die Zukunft Afghanistans, der Taliban, der Al-Qaida und des IS, könnte die NATO und Deutschland dazu bringen, strategische und militärpolitische Konsequenzen für die Zukunft zu prüfen. ■

Dieser Beitrag stellt die persönliche Auffassung des Autors dar.

- 1 <https://www.tagesschau.de/ausland/nato-afghanistan-abzug-101.html> (16.8.2021).
- 2 <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/afghanistan-taliban-169.html> (17.8.2021).
- 3 <https://www.nzz.ch/international/afghanistan-das-desaster-beschaedigt-auch-die-nato-ld.1640824> (18.8.2021).
- 4 <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/stoltenberg-nato-afghanistan-100.html> (19.8.2021).
- 5 <https://www.welt.de/politik/deutschland/article233245699/Bundesnachrichtendienst-Fehleinschaetzungen-zu-Afghanistan.html> (20.8.2021).
- 6 <https://www.sueddeutsche.de/politik/verteidigung-bundeswehr-nato-1.5230885> (13.8.2021).
- 7 Ebd.
- 8 Ebd.
- 9 <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/nato-verteidigungsausgaben-103.html> (14.8.2021).
- 10 <https://www.sueddeutsche.de/politik/verteidigung-bundeswehr-nato-1.5230885> (15.8.2021).
- 11 <https://www.nzz.ch/international/nato-ruft-russland-zu-treffen-auf-nzz-ld.1629043> (20.8.2021).
- 12 Ebd.
- 13 Ebd.
- 14 <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/nato-cyberattacken-101.html> (20.8.2021).
- 15 <https://www.morgenpost.de/vermishtes/article232912311/cyberattacke-nato-usa-russland-buendnisfall.html> (21.8.2021).



Oberstlt d.R. Stefan Goertz
Prof. Dr.
Prof. für Sicherheitspolitik Bundespolizei
Hochschule des Bundes
D-23562 Lübeck

WIR FLIEGEN IM VERBUND.



FLY
WE MAKE IT

Als einer der Weltmarktführer in der Luft- und Raumfahrt entwickelt, produziert und liefert Airbus innovative Lösungen für mehr Nachhaltigkeit in diesem Sektor. Und für eine sichere, vereinte Welt. Diese zukunftsweisenden Produkte und Dienstleistungen spiegeln unser breites Know-how sowie unseren Innovationsgeist wider, über alle Sparten hinweg – von Passagierflugzeugen und Hubschrauber über Verteidigung und Sicherheit bis hin zur Raumfahrt.

Together. We make it fly.

